



## Konkurrenz für den Dollar?

**Währungspolitik.** Der Dollar dominiert weiterhin die Weltwirtschaft. Die EU-Kommission will nun den Euro als Leitwährung stärken – zugunsten europäischer Unternehmen. Zugleich wollen Facebook und andere Tech-Firmen mit Libra eine rein digitale Währung etablieren. Mit diesem Plan, sagt IW-Finanzexperte Markus Demary im iwd-Interview, könnten sie durchaus Erfolg haben – zumindest bei Privatkunden.

—> [Seiten 2-7](#)

### Krankenstand

Die Fehlzeiten der Arbeitnehmer in Deutschland werden immer länger. Dies führt auch zu steigenden Entgeltfortzahlungen der Unternehmen.

—> [Seiten 8-9](#)

### Frankreich

Die anhaltenden Streiks gefährden die Erfolge auf dem französischen Arbeitsmarkt und könnten den staatlichen Schuldenberg weiter wachsen lassen.

—> [Seiten 10-11](#)

# Die EU ist der zweiten Geige überdrüssig



**Währungspolitik.** *Noch immer ist der Dollar die wichtigste Währung der Welt, mit gewaltigem Abstand zum Euro und zu anderen Währungen. Die wirtschaftliche Bedeutung der USA rechtfertigt diese Dominanz zwar längst nicht mehr, doch am Status quo dürfte sich nur schwer etwas ändern lassen. Die EU-Kommission hat dennoch gute Gründe, es zumindest zu versuchen.*

Der Ölpreis gehört zur Wirtschaftsberichterstattung wie die Wettervorhersage zu jeder Nachrichtensendung. Und ganz selbstverständlich wird der Preis in Dollar pro Barrel angegeben – schließlich erfolgt auch der Handel in Dollar. Die USA zählten in den vergangenen Jahren neben Russland und Saudi-Arabien zudem zu den drei wichtigsten Ölförderländern. Mit Blick auf die Erdölreserven spielen sie indes keine gewichtige Rolle: Die größten Erdölvorräte werden in Venezuela, Saudi-Arabien, Kanada, dem Iran und Irak vermutet.

## Wird der Euro als Leitwährung gestärkt, bringt das europäischen Unternehmen Vorteile

Trotzdem gilt es als ausgemacht, dass der Dollar das Maß aller Dinge beim Ölpreis bleiben wird – so wie in den meisten Wirtschaftsbereichen (Grafik):

**Fast 63 Prozent der Devisenreserven wurden 2017 in Dollar gehalten und über 56 Prozent der Kredite.**

Der Euro war zwar die zweitwichtigste Währung, konnte allerdings in fast allen Bereichen nicht einmal ansatzweise mit der internationalen Bedeutung des Dollar mithalten. Das ist aus europäischer Perspektive insofern misslich, als die Wirtschaftsleistung der Euroländer insgesamt kaum hinter jener der USA zurücksteht:

**Fast 12 Prozent des weltweiten kaufkraftbereinigten Bruttoinlandsprodukts entfielen 2017 auf die Eurozone, rund 15 Prozent auf die USA.**

Auch andere Währungen hätten in dieser Betrachtung mehr Gewicht verdient – allen voran der chinesische Renminbi. Schließlich kommt China inzwischen auf rund 19 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung.

Einzig beim Zahlungsverkehr hat der Euro mittlerweile eine ähnliche Bedeutung wie der Dollar:

**Während im Jahr 2017 fast 40 Prozent der weltweiten Zahlungen, zum Beispiel per Überweisung, in Dollar erfolgten, kam der Euro auf knapp 36 Prozent.**

Das ist allerdings nicht überraschend, denn der Euro ist das gesetzliche Zahlungsmittel in 19 EU-Staaten mit mehr als 340 Millionen Einwohnern. Zusätzlich haben 60 Länder wie der Kosovo oder Monaco und Gebiete fernab des Kontinents, zum Beispiel Französisch-Guayana, mit insgesamt rund 175 Millionen Einwohnern ihre eigene Währung direkt oder indirekt an den Euro gekoppelt oder diesen als Zahlungsmittel übernommen.

Damit sind der Dollar und der Euro jene beiden Währungen, die in besonders vielen anderen Ländern als Leitwährung genutzt werden. Entscheidungen der amerikanischen Notenbank und der Europäischen Zentralbank wirken also weit über die eigenen territorialen Grenzen hinaus. Allerdings hat der Euro als Leitwährung zuletzt kaum noch an Bedeutung gewonnen – die Dominanz des Dollar ist weiterhin ungebrochen.

Dabei hätte es für die Euroländer entscheidende Vorteile, wenn ihre Währung häufiger den Ton angäbe:

- **Kreditzinsen.** Wenn der Euro für Investoren attraktiver wird, stellen sie mehr Finanzmittel in dieser Währung zur Verfügung. Dann können sich europäische Unternehmen und Staaten günstiger Geld beschaffen.
- **Zugang zu Finanzmitteln.** Wenn sich Unternehmen Kapital in einer Fremdwährung besorgen, werden sie anfälliger für finanzielle Instabilitäten im zugehörigen

Land. Je besser die Möglichkeiten für Firmen sind, sich in Euro zu verschulden, desto kleiner wird dieses Problem.

• **Autonomie.** Das Risiko für Verbraucher und Unternehmen reduziert sich, Opfer von Sanktionen durch Drittstaaten zu werden. Ein aktuelles Beispiel sind die US-Sanktionen gegen das Zahlungsverkehrssystem des Iran, die sich auf deutsche Firmen auswirken.

• **Wechselkurse.** Wenn mehr Transaktionen in Euro getätigt werden, können weniger Produkte oder Vorleistungen für Unternehmen oder Verbraucher über Nacht deutlich teurer werden.

Das Wechselkurssthema ist für Europa aber auch mit Blick auf die Rohstoffversorgung entscheidend:

**Die EU ist der weltweit größte Energieimporteur, sie deckt 90 Prozent des Erdöl- und 70 Prozent des Erdgasbedarfs über Einfuhren.**

Doch nicht nur Erdöl und Erdgas, sondern auch die meisten anderen Rohstoffe werden in Dollar abgerechnet. Damit ist Europa unmittelbar von der Wirtschaftspolitik der USA betroffen. Gerade in der aktuellen weltpolitischen Lage sind die zugehörigen Unwägbarkeiten hoch.

Entsprechend ist es verständlich, dass auch die neue EU-Kommission den Euro als Leitwährung stärken will.

Unter anderem sollen die **Zahlungssysteme** gestärkt werden: Bislang hapert es in der Eurozone an der Interoperabilität der bestehenden Systeme – die Sofortzahlungssysteme ermöglichen oft nur in der Theorie Zahlungen innerhalb von Sekunden.

Auch die **Referenzzinssätze** will die Kommission reformieren, um sie weniger anfällig für Manipulationen – man denke an den Libor-Skandal – zu machen. Das könnte Anlagen in Euro für internationale Investoren attraktiver machen.

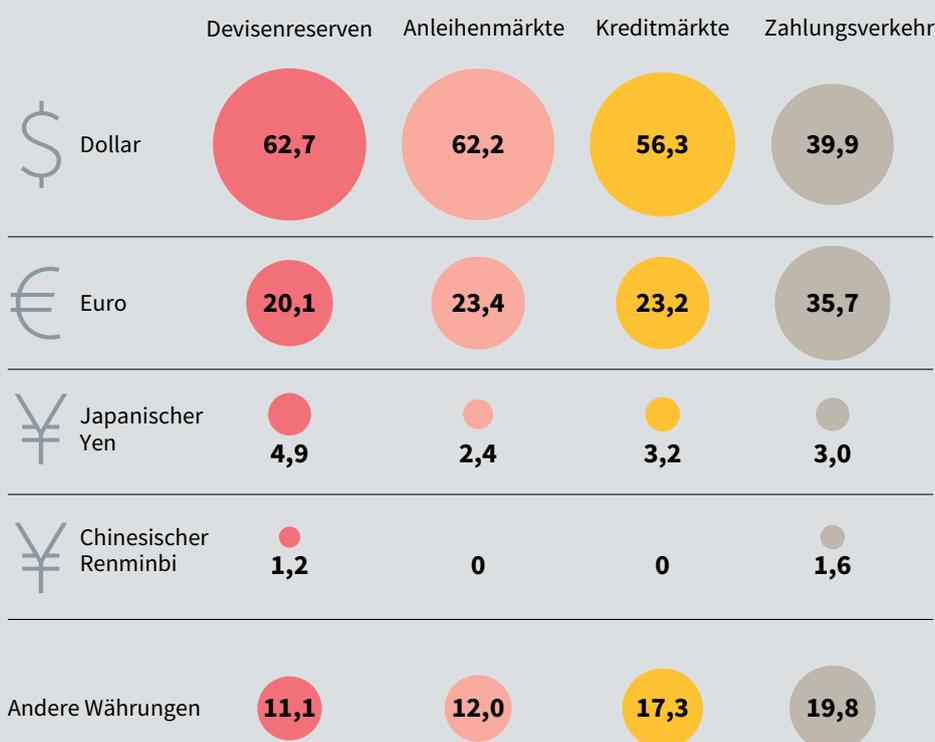
Zudem will die Kommission die **Wirtschaftsdiplomatie** ausbauen, den **Zugang zu Drittmärkten** für europäische Unternehmen fördern und die EU für ausländische **Direktinvestitionen** attraktiver machen.

Nur so, argumentiert Brüssel, könne es gelingen, dass künftig häufiger in Euro statt in Dollar gehandelt wird.

Allerdings dürfte das für die Europäer kein Spaziergang werden: Auch andere Nationen – allen voran die Chinesen – haben großes Interesse daran, ihrer eigenen Währung zu einer größeren Bedeutung zu verhelfen.

## Dollar dominiert die Weltwirtschaft

Anteil am jeweiligen globalen Marktvolumen im Jahr 2017 in Prozent



Zahlungsverkehr: alle offiziell erfassten Zahlungen, sowohl bar als auch bargeldlos oder per Scheck

Quellen: Europäische Zentralbank, Weltbank  
© 2020 IW Medien / iwd

Anteil am weltweiten kaufkraftbereinigten Bruttoinlandsprodukt 2017 in Prozent



iwd



# Geld für die ganze Welt

**Digitale Währungen.** Das Krypto-Geld Bitcoin hat es nicht über ein Nischendasein hinausgeschafft und die Kursschwankungen sind weiterhin enorm. Die von Facebook und anderen Tech-Konzernen geplante Digitalwährung Libra dagegen könnte zur echten Alternative zu klassischen Devisen werden – zumindest für Privatpersonen. Allerdings sind noch immer viele Fragen offen.

Funklöcher: Noch immer gibt es sie mitten in Deutschland. Und die meisten Bürger haben wenig Verständnis dafür, dass es einer Industrienation so schwerfällt, eine flächendeckende Netzabdeckung zu ermöglichen. Doch während es in Deutschland bei dem Thema um die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit geht, ist ein stabiles Netz anderswo auf der Welt aus ganz anderen Gründen wichtig (Grafik Seite 5):

**In Afrika südlich der Sahara haben fast 60 Prozent der Einwohner ab 15 Jahren kein Bankkonto, 23 Prozent nutzen allerdings einen Mobile-Payment-Account.**

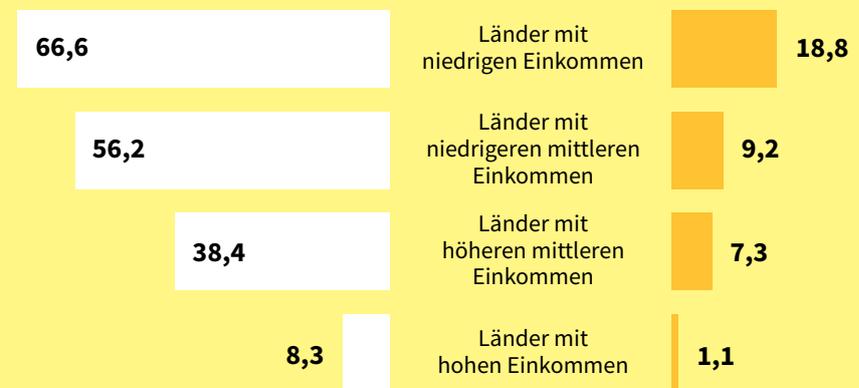
Der bietet die Möglichkeit, mit einem mobilen Endgerät – in der Regel einem Handy – zu bezahlen. Statt das Geld auf die Bank zu bringen, ist das Guthaben auf der SIM-Karte gespeichert, Ein- und Auszahlungen erfolgen beispielsweise an einer Tankstelle.

Auch in Lateinamerika, Asien, im Nahen Osten und im Norden Afrikas

## Geld ohne Bank

So viel Prozent der Bevölkerung ab 15 Jahren besaßen im Jahr 2017 ...

□ ... kein Konto bei einer Bank    ■ ... einen Mobile-Payment-Account



Niedrige Einkommen: jährliches Bruttonationaleinkommen (BNE) pro Einwohner unter 1.026 Dollar; niedrigere mittlere Einkommen: BNE zwischen 1.026 und 3.995 Dollar; höhere mittlere Einkommen: BNE zwischen 3.996 und 12.375 Dollar; hohe Einkommen: BNE von mehr als 12.375 Dollar

Mobile Payment: die Möglichkeit, mit einem mobilen Endgerät zu bezahlen, in der Regel mit Guthaben, das auf der SIM-Karte des Handys gespeichert ist – auf jeden Fall ohne ein verknüpftes Bankkonto

Quellen: Weltbank, Institut der deutschen Wirtschaft © 2020 IW Medien / iwd

iwd

hat teils deutlich mehr als ein Drittel der Menschen kein Bankkonto; Mobile-Payment-Accounts sind aber auch dort verbreitet.

In Europa, Nordamerika und Australien besitzt dagegen die große Mehrheit ein klassisches Bankkonto und fast niemand nutzt rudimentäre Zahlungssysteme fürs Handy – sehr wohl aber Online-Banking oder Dienste wie Paypal.

Diese regionale Verteilung hängt stark vom Einkommen ab (Grafik):

**In Ländern mit niedrigen Einkommen – laut Weltbank sind das Staaten, in denen das jährliche Bruttonationaleinkommen pro Kopf bei maximal rund 1.000 Dollar**

**liegt – haben knapp 19 Prozent einen Mobile-Payment-Account.**

In Nationen wie Deutschland mit einem Pro-Kopf-Einkommen von mindestens rund 12.400 Dollar pro Jahr verfügt lediglich 1 Prozent der Einwohner über einen Mobile-Payment-Zugang.

Da ist es nachvollziehbar, dass sich Libra – eine neue, rein digitale Währung – zuerst auf Afrika fokussieren will. Hinter der Digitalwährung steckt ein Konsortium bekannter Tech-Unternehmen, allen voran Facebook, Vodafone und Spotify.

Sie wollen mit Libra eine Währung schaffen, die über Ländergrenzen hinweg akzeptiert wird und

unabhängig von Zentralbanken, Regierungen und nationalen politischen Entscheidungen ist.

Mit den nationalen Währungen, die Libra-Nutzer eintauschen, soll ein Geldmarktfonds bestückt werden – damit wäre das digitale Geld mit realem verknüpft und die Kurschwankungen würden verhältnismäßig gering ausfallen.

Das wäre ein gewaltiger Unterschied zu der wohl bekanntesten Krypto-Währung Bitcoin:

**Bitcoin hat keinen Gegenwert in der realen Welt und der Wechselkurs zum Euro schwankte in den vergangenen drei Jahren um mehr als 10.000 Euro pro Bitcoin.**

Wahrscheinlich deshalb konnte Bitcoin nie aus seiner Nische herauswachsen – und sicherlich auch, weil es den Gründern der Währung vor allem um Anonymität der Personen ging, wohingegen die Transaktionen selbst öffentlich einsehbar sind.

Libra hat einen anderen Ansatz. Das neue Geld soll über Facebooks Messenger verschickt werden. Die

## Libra soll unabhängig von Zentralbanken, Regierungen und nationalen politischen Entscheidungen sein

Zahl der potenziellen Nutzer ist entsprechend groß:

**Aktuell hat Facebook weltweit 1,9 Milliarden Mitglieder – und alle könnten mit Libra zahlen.**

Da ist es kein Wunder, dass Aufsichtsbehörden und Zentralbanken die Libra-Pläne mit Argwohn beäugen und auf unbeantwortete Fragen verweisen:

**Aufsicht.** Es ist bislang nicht geklärt, wer Libra beaufsichtigt. Das Gründer-Konsortium hat seinen Sitz in der Schweiz. Doch wäre die dortige Finanzaufsicht zuständig für die globale, digitale Währung?

**Geldwäsche.** Wie Bitcoin könnte Libra interessant für Kriminelle sein, da das Geld international fließt und schwer zu überprüfen ist, ob jede

Überweisung von einer realen Person stammt. Bei herkömmlichen Zahlungen sind die Banken für die Geldwäscheprävention zuständig und dafür, Kunden zu überprüfen.

**Krisenfall.** Es ist völlig unklar, wer einschreiten müsste, sollte Libra in Schieflage geraten.

Trotzdem ist das Geld eine interessante Option für Privatkunden (siehe Seiten 6–7) – vor allem, weil die Kosten für Auslandsüberweisungen drastisch sinken würden.

In der Unternehmenswelt und im Geschäft zwischen Banken dürfte es Libra aber schwer haben: Rohstoffkurse notieren fast immer in Dollar. Und die globalen Finanzzentren schreiben oft vor, dass der Handel in Dollar oder Euro erfolgen muss.

### Bankkonto: Eine Frage der Region

So viel Prozent der Bevölkerung ab 15 Jahren besaßen im Jahr 2017 ...

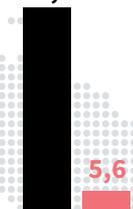
■ ... kein Konto bei einer Bank

■ ... einen Mobile-Payment-Account

3,6 keine Angabe

Nordamerika

48,9



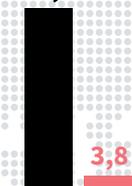
Lateinamerika

14,0



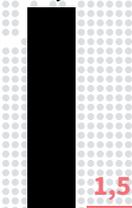
Europa

43,3



Naher Osten / Nordafrika

48,3



Zentralasien

37,7



Südostasien

0,7 keine Angabe

Australien

58,5

Afrika (südlich der Sahara)

Mobile Payment: die Möglichkeit, mit einem mobilen Endgerät zu bezahlen, in der Regel mit Guthaben, das auf der SIM-Karte des Handys gespeichert ist – auf jeden Fall ohne ein verknüpftes Bankkonto

Quellen: Weltbank, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2020 IW Medien / iwd

# „Bitcoin ist für Menschen, die dem Staat nicht trauen“



**Interview.** Am Institut der deutschen Wirtschaft forscht **Markus Demary** zu Geldpolitik und Finanzmarktökonomik. Der iwd sprach mit dem Wissenschaftler über die Chancen einer globalen Digitalwährung, den ewigen Clinch zwischen Zentralbanken und ihren jeweiligen Regierungen, die Twitter-Präsenz des amerikanischen Präsidenten und die Frage, ob der Euro die wichtigste Währung der Welt werden kann.

## Haben Sie heute schon etwas getwittert, Herr Demary?

Nein, aber ich bin durch Twitter auf einen sehr interessanten Artikel darüber gestoßen, dass die niedrigen Zinsen noch zu keinen Zombie-Unternehmen geführt haben. Einige Wissenschaftler hatten ja prophezeit, dass unrentable Firmen durch billige Kredite als Untote weiterleben.

## Warum haben Sie angefangen zu twittern?

Ursprünglich wollte ich andere auf meine Forschungsergebnisse hinweisen. Aber schnell ging es mir vor allem um den Austausch mit Ökonomen. Zum Glück diskutieren wir Themen zwar durchaus kontrovers, aber immer sachlich – anderen Nutzern geht es da ja manchmal anders, sie werden angefeindet und bepöbelt.

## Apropos: Der amerikanische Präsident bewegt mit seinen Tweets die Märkte. Ist das gut oder schlecht?

Das will ich nicht bewerten. Jeder amerikanische Präsident hat mit seinen Aussagen die Märkte bewegt – ob im Fernsehen, im Radio oder im Zeitungsinterview. Twitter ist da nur ein neuer Kanal. Und lange vor Twitter gab es beispielsweise Bloomberg als Informationsdienst für Broker. Da haben sich Infos sehr schnell verbreitet und die Märkte haben reagiert.

## Facebook und andere große Tech-Firmen wollen mit Libra eine neue, rein digitale Währung schaffen. Wie sinnvoll ist das?

Konkurrenz belebt das Geschäft. Das gilt auch hier – das Vorhaben, das ja in Afrika starten soll, könnte auch in der westlichen Welt für Innovationen sorgen. Denn eine globale Währung, die Bezahlvorgänge deutlich vereinfachen könnte, hat ihren Reiz.

Allerdings gehe ich davon aus, dass Libra eine Währung für die privaten, kleinen Käufe und Überweisungen in andere Länder sein wird. Ich sehe nicht, dass Libra zu einer Alternative für große Transaktionen, zum Beispiel zwischen Unternehmen, werden könnte.

## Immer wieder gibt es Konflikte zwischen einer Zentralbank und der zugehörigen Regierung. Das gäbe es bei Libra nicht. Wäre das nicht ein gewaltiger Vorteil?

Das sehe ich anders: Streit gibt es zwischen Regierungen und Zentralbanken eigentlich immer nur, wenn es um Finanzierungskosten geht, die ja von der Höhe der Zinsen abhängen, die die Zentralbank festlegt.

Beim Thema Zahlungsverkehr verhalten sich Regierungen und Zentralbanken dagegen eigentlich immer sehr kooperativ.



Foto: IW Medien

**Auch Bitcoin ist eine staatenunabhängige, digitale Währung. Sie hat es aber nie über ihre Nische hinausgeschafft.**

Die Idee hinter Bitcoin ist eine ganz andere. Da geht es um eine Kultur, eine Lebenseinstellung, wie beim Pop. Bitcoin wurde einst geschaffen von Menschen, die anonym bleiben wollten und dem Staat nicht trauten. Grundlage für Libra wird dagegen Facebook sein, also eine Community, die ohnehin sehr viel von sich preisgibt.

**Libra könnte also wirklich Erfolg haben?**

Durchaus. Auch die Konstruktion als Geldmarktfonds ist sinnvoll: Das Geld, das ins System fließt, wird wirklich investiert in „echtes“ Geld. Damit hält man die Wechselkurse stabil. Gefährlich würde es nur, wenn es zu einem Run auf die Banken käme, also alle auf einmal ihr Geld aus dem System abziehen wollten.

Fragen sollte man bei Libra aber immer nach dem Geschäftsmodell: Die Kosten decken und Gewinne erzielen will man über etwaige Wertsteigerungen des Geldmarktfonds. Durch die Niedrigzinsen dürfte das nur bedingt möglich sein. Aber wahrscheinlich ist Facebook das ziemlich egal, wenn das Unternehmen neben all den Daten, die es schon hat, zusätzlich Zugriff auf Abermillionen Informationen zum Zahlungsverkehr bekommt.

**Warum braucht es eigentlich ein Unternehmenskonsortium, um eine digitale Währung zu schaffen? Weshalb wurden nie Regierungen in dieser Richtung aktiv?**

Aus europäischer Perspektive gab es nie die Notwendigkeit für eine digitale Währung. Denn bei uns haben ja fast alle Zugang zu einer klassischen Bank, inklusive Online-Banking.

Zudem hätten sich ziemlich viele Staaten einigen müssen. Aber wer weiß? Nichts spricht gegen einen digitalen Euro ...

**Zurück zu den klassischen Währungen: Die EU-Kommission will die Rolle des Euro als Leitwährung stärken. Kann sie damit erfolgreich sein?**

Es ist auf jeden Fall richtig, dass die Kommission den Euro attraktiv halten will. Schließlich fallen viele Risiken weg, wenn man in der eigenen und nicht in einer anderen Währung Geschäfte macht.

Die Dollar-Vormacht wird das aber nicht brechen. Denn die zugehörigen Abläufe sind über Jahrzehnte eingeübt und die Regeln sind allen bekannt. Jede Umstellung, nicht nur auf den Euro, sondern beispielsweise auch auf den chinesischen Renminbi, wäre mit Kosten verbunden.

# Das Fieber steigt

**Krankenstand.** Der langjährige Trend zu steigenden Fehlzeiten setzt sich nach einer kurzen Verschnaufpause fort: Im Schnitt war jeder Arbeitnehmer in Deutschland 2018 für 18,5 Tage krankgeschrieben. Im Jahr zuvor waren es noch 17,7. Die häufigste Krankheitsursache waren Muskel- und Skeletterkrankungen. Hier spielen sowohl Verschleißerscheinungen in körperlich anstrengenden Berufen als auch die mit Bürotätigkeiten einhergehenden Probleme wie Rückenschmerzen eine große Rolle. Am längsten fielen allerdings Arbeitnehmer mit psychischen Erkrankungen aus – im Durchschnitt wurden sie je Fall für 37 Kalendertage krankgeschrieben.

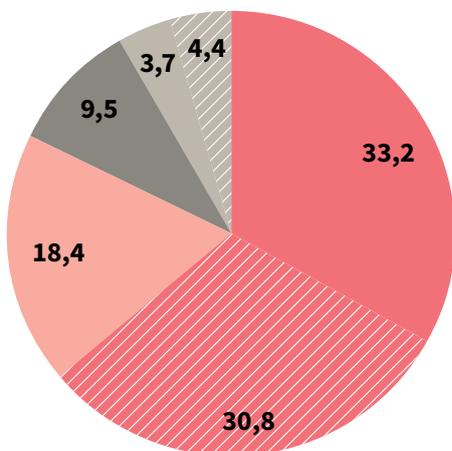
Der höhere Krankenstand wirkt sich – wie die steigenden Löhne – auf die Entgeltfortzahlung aus. Knapp 62 Milliarden Euro mussten die Unternehmen in Deutschland im Jahr 2018 für die Gehälter kranker Mitarbeiter aufbringen. Seit 2011 sind die Ausgaben der Firmen um mehr als 50 Prozent gestiegen.



## Viele nur für kurze Zeit krank

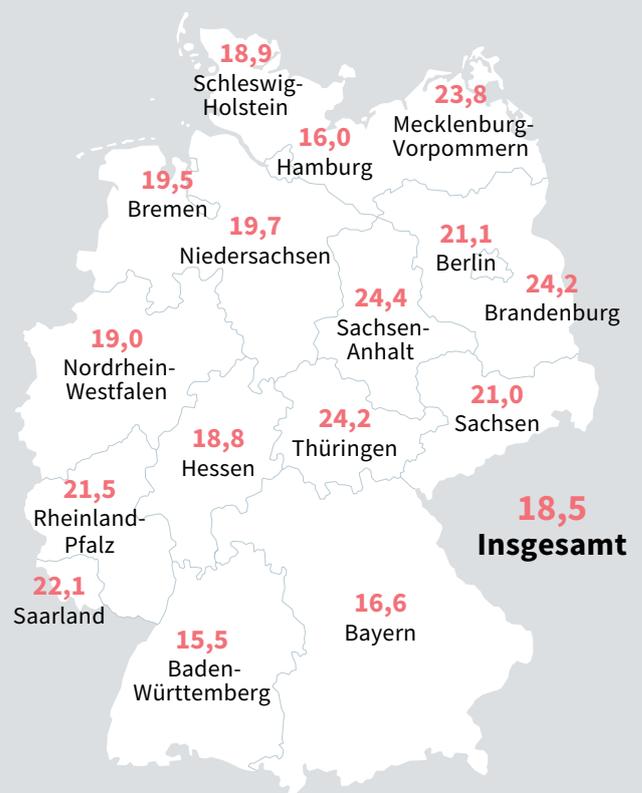
So viel Prozent der Krankheitsfälle 2018 dauerten ...

- 1 bis 3 Tage    ■ 4 bis 7 Tage    ■ 1 bis 2 Wochen
- 2 bis 4 Wochen    ■ 4 bis 6 Wochen    ■ mehr als 6 Wochen



## Eine Frage der Region

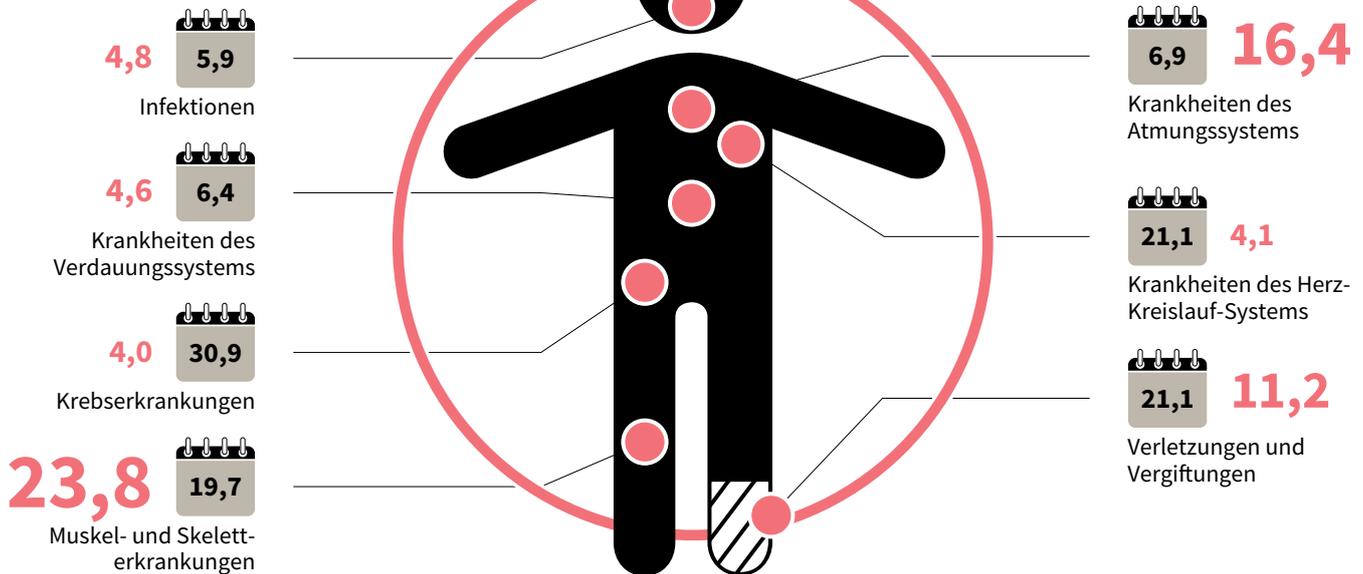
Krankheitstage 2018 je beschäftigtes Mitglied der Betriebskrankenkassen



## Längste Ausfallzeiten durch psychische Probleme

So viel Prozent der Krankheitstage entfielen 2018 auf ...

■ Krankheitstage je Fall



### Die Krankheitstage nach Berufsgruppen

Krankheitstage 2018 je beschäftigtes Mitglied der Betriebskrankenkassen

#### Die fünf Berufsgruppen mit den wenigsten Krankheitstagen

Lehr- und Forschungstätigkeit an Hochschulen	5,1
Wirtschaftswissenschaften	7,3
Geologie, Geografie und Meteorologie	7,8
Geschäftsführung und Vorstand	7,9
Human- und Zahnmedizin	7,9

#### Die fünf Berufsgruppen mit den meisten Krankheitstagen

Industrielle Keramikherstellung und -verarbeitung	30,7
Kunsthandwerkliche Keramikherstellung und -verarbeitung	30,4
Textiltechnik und -produktion	29,2
Altenpflege	29,2
Bau- und Transportgeräteführung	28,4

61,9

Milliarden Euro



mussten die Unternehmen in Deutschland 2018 schätzungsweise für die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall ausgeben, vier Jahre zuvor waren es erst

**50,1 Milliarden Euro**

#### IW-Kurzbericht 1/2020

Jochen Pimpertz: 62 Milliarden Euro für Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall

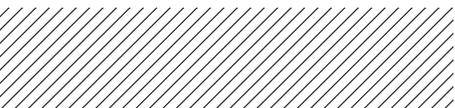
[iwkoeln.de/entgeltfortzahlung](http://iwkoeln.de/entgeltfortzahlung)

# Eine Nation im Ausstand

**Frankreich.** Der lang anhaltende Streik in Frankreich schreckt nicht nur Touristen ab, er könnte auch den gesamtwirtschaftlichen Schwung abbremsen. Das würde das teure Rentensystem, gegen dessen Reform Hunderttausende Franzosen seit Wochen protestieren, zusätzlich belasten.

Frankreich in Zahlen		
	2015	2018
<b>Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP)</b> Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent	1,1	1,7
<b>BIP je Einwohner</b> um Kaufkraftunterschiede bereinigt, EU=100	105	103
<b>Arbeitslosenquote</b> in Prozent	10,4	9,1
<b>Verbraucherpreise</b> Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent	0,1	2,1
<b>Haushaltssaldo</b> in Prozent des BIP	-3,6	-2,5
<b>Leistungsbilanzsaldo</b> in Prozent des BIP	-0,4	-0,6

Quellen: EU-Kommission, Eurostat, Internationaler Währungsfonds  
© 2020 IW Medien / iwd



System ersetzen und das Renten-  
eintrittsalter von 62 auf 64 Jahre  
anheben. Dabei gehen einige Berufs-  
gruppen sogar noch deutlich früher  
in den Ruhestand – Eisenbahner  
etwa, die vor dem Jahr 2000 ihren  
Job begonnen haben, können in  
Frankreich schon mit 52 Jahren  
regulär aus dem Berufsleben aus-  
scheiden. Allein für die Altersbezüge  
der Eisenbahner zahlt der französi-  
sche Staat 3 Milliarden Euro pro Jahr.

Im EU-Vergleich hat Frankreich  
deshalb ein teures Rentensystem:

**Im Jahr 2017 erreichten die  
staatlichen Rentenausgaben einen  
Wert von 13,4 Prozent des Brutto-  
inlandsprodukts (BIP), noch höher  
sind die Quoten nur in Griechen-  
land und Finnland mit jeweils  
13,8 Prozent.**

Zum Vergleich: Im Schnitt wen-  
den die Länder des Euroraums  
10,7 Prozent des BIP für staatliche  
Renten und Pensionen auf.

Die Proteste gegen die geplante  
Rentenreform schrecken nicht nur  
Touristen ab – schon jetzt klagen  
viele Restaurants und Hotels in  
Frankreich über sinkende Umsätze –,

Rien ne va plus – in Frankreich  
geht seit Anfang Dezember vielerorts  
nichts mehr: In Paris streiken die  
Metro- und Busfahrer, landesweit  
haben Lehrer, Lokführer, Kontrolleu-  
re sowie in jüngster Zeit auch  
Krankenhausangestellte die Arbeit  
niedergelegt. Der aktuelle Ausstand  
bei der französischen Bahn ist mit  
bislang 36 Streiktagen (Stand: Anfang

Januar 2020) bereits der längste in  
der Geschichte des Landes.

Auslöser der landesweiten Streiks  
und Demos, zu denen sich in Paris  
regelmäßig Hunderttausende  
versammeln, ist die geplante Renten-  
reform. Präsident Emmanuel Macron  
will die 42 Rentensysteme für die  
einzelnen Berufsgruppen durch ein  
einheitliches, transparenteres

der lange Streik könnte vielmehr branchenübergreifend größeren Schaden anrichten. Dabei hatte sich die französische Wirtschaft zuletzt vergleichsweise gut entwickelt: Während die Wirtschaftsleistung in Deutschland im zweiten Quartal 2019 um 0,2 Prozent schrumpfte und im dritten Quartal nur um 0,1 Prozent zulegte, wuchs die Wirtschaft in Frankreich in beiden Zeiträumen jeweils um 0,3 Prozent. Seit Anfang 2018 ist das französische BIP insgesamt mehr als doppelt so stark gewachsen wie das deutsche.

Die gute wirtschaftliche Performance des westlichen Nachbarn hat sich auch auf dem Arbeitsmarkt niedergeschlagen. Anfang 2014 gab es in Frankreich 26,1 Millionen Erwerbstätige, im zweiten Quartal 2019 waren es bereits 630.000 mehr. Und auch wenn die Jugendarbeitslosenquote mit rund 19 Prozent immer noch erschreckend hoch ist, entwickelt sich die Arbeitslosigkeit insgesamt positiv (Grafik Seite 10):

### Nach 10,4 Prozent im Jahr 2015 betrug die Arbeitslosenquote in Frankreich 2018 im Jahresdurchschnitt nur noch 9,1 Prozent.

Aktuell liegt die Quote sogar lediglich bei 8,6 Prozent.

Der Rückgang seit dem zweiten Quartal 2015 kann nicht allein auf die Arbeitsmarktreformen zurückgeführt werden, die der erst 2017 gewählte Macron initiiert hat. Bereits vor seiner Amtszeit wurde beispielsweise der Kündigungsschutz gelockert sowie der Arbeitgeberanteil für die Sozialversicherungsbeiträge von Niedriglohneempfängern gekürzt.

Emmanuel Macron wiederum hat unter anderem dafür gesorgt, dass weniger Kündigungsschutzklagen angestrengt werden, weil die Höhe der Abfindungen im Fall von Entlassungen mittlerweile gesetzlich geregelt ist.

Sinkt nun aber aufgrund der lang anhaltenden Streiks das Wirtschaftswachstum, stehen die jüngsten Arbeitsmarkterfolge auf dem Spiel.

Zudem droht die staatliche Schuldenlast zu wachsen. Schon ohne Streik ist es um die französischen Staatsfinanzen nicht allzu gut bestellt (Grafik):

### Im Jahr 2008, vor der Wirtschafts- und Finanzkrise, lag der staatliche Schuldenstand bei knapp 69 Prozent des BIP, 2018 waren es rund 98 Prozent.

Während im Durchschnitt der Euroländer der Schuldenberg kleiner wird, steigt die Schuldenquote Frankreichs laut Herbstprognose der EU-Kommission bis zum Jahr 2021 auf 99,2 Prozent des BIP – und ist damit weiter denn je entfernt von der 60-Prozent-Marke, die der Maastricht-Vertrag vorsieht. Sollten die Zinsen irgendwann wieder einmal steigen, ist das eine schwere Hypothek.

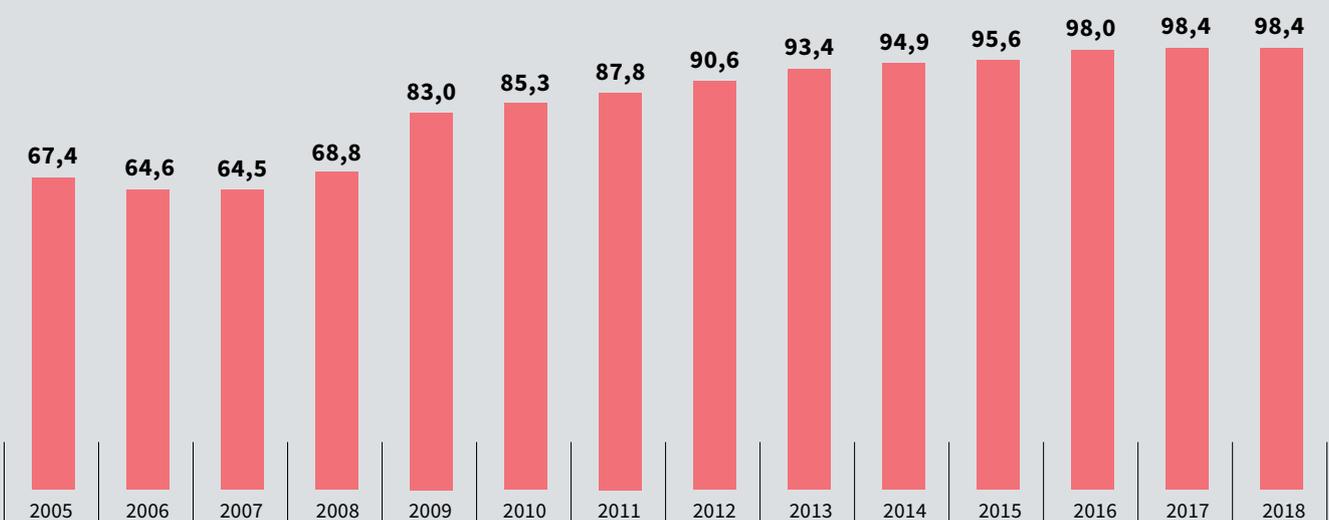
#### IW-Kurzbericht 2/2020

Berthold Busch: Frankreich – Licht und Schatten  
[iwkoeln.de/frankreich](http://iwkoeln.de/frankreich)



## Frankreich: Die Schulden steigen

Staatsverschuldung in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Quelle: Eurostat  
 © 2020 IW Medien / iwd

iwd

# Ungeliebtes Regelwerk

**Datenschutz.** Seit Mai 2018 gilt die Europäische Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) – doch noch immer tun sich die meisten Unternehmen in Deutschland schwer damit. Statt Rechtssicherheit zu schaffen, verunsichern die neuen Regeln die Firmen, hinzu kommt ein hoher personeller und finanzieller Aufwand für die Umsetzung.

Mit der Datenschutz-Grundverordnung sind die Regeln zur Verarbeitung personenbezogener Daten EU-weit harmonisiert worden. Das Ziel der DSGVO ist vor allem der Schutz der Verbraucher, die jetzt mehr Kontrolle darüber haben, was mit ihren Daten geschieht. Für Unternehmen, die personenbezogene Daten speichern und verarbeiten, bedeutet das mehr Pflichten: Sie müssen dem Verbraucher die Art der Datenverarbeitung und die Dauer der Speicherung mitteilen, und meist müssen sie auch eine Einwilligung für die Erhebung, Speicherung und Verarbeitung der Daten einholen.

Trotz drohender Strafen hat die Wirtschaft in Deutschland die DSGVO bisher nur zögerlich angenommen. Laut dem Branchenverband Bitkom hatte 2019 lediglich ein Viertel der Unternehmen das Regelwerk vollständig umgesetzt. Das IW wollte wissen, warum das so ist und hat die Unternehmen deshalb nach ihren Erfahrungen mit der DSGVO gefragt. Die wichtigsten Ergebnisse:

**Die Wettbewerbsposition.** Theoretisch kann die DSGVO sowohl Wettbewerbsvorteile als auch -nachteile bringen. Von Vorteil ist sie zum Beispiel, wenn dadurch das Vertrauen in den Datenschutz gestärkt wird; von Nachteil ist sie unter anderem, wenn einem Unternehmen dadurch ein höherer Aufwand entsteht als der Konkurrenz. Fragt man die Unternehmen, wie sie die Sache sehen, ist die Antwort eindeutig:

**Rund 86 Prozent der 862 befragten Unternehmen sagen, dass die DSGVO nicht vorteilhaft für ihre Wettbewerbsposition ist.**

Betrachtet man die einzelnen Branchen, fällt die starke Ablehnung der Industrie auf (Grafik Seite 13):

**Fast 72 Prozent der Industrieunternehmen beantworten die Frage nach eventuellen Wettbewerbsvorteilen eindeutig mit „Nein“.**

## Datenschutz-Grundverordnung: Hoher Aufwand für die Unternehmen

So viel Prozent jener Unternehmen in Deutschland, die in der DSGVO Nachteile sehen, geben dafür folgende Gründe an



Hoher Aufwand für die Umsetzung



Rechtsunsicherheit, z.B. Befürchtung hoher Strafen



Behinderung unserer Geschäftsaktivitäten, z.B. im Bereich Werbung/Marketing



Schwächere Position gegenüber Wettbewerbern, die nicht der DSGVO unterliegen (bei Wirtschaftsaktivitäten außerhalb der EU)



Verlust von (potenziellen) Kunden durch unterschiedliche Datenschutzniveaus



Schwächere Position gegenüber Wettbewerbern innerhalb der EU



Verlust von (potenziellen) Kooperationspartnern durch unterschiedliche Datenschutzniveaus

Mehrfachnennungen; Befragung von 293 Unternehmen im Jahr 2019

Quelle: IW-Zukunftspanel © 2019 IW Medien / iwd

Ein Grund für diese strikte Haltung ist wahrscheinlich, dass Industrieunternehmen eher mit maschinenbezogenen als mit personenbezogenen Daten arbeiten und deshalb von den Vorteilen der DSGVO nicht so stark profitieren. Für die Dienstleister trifft dieses Muster nicht zu – die Branche arbeitet mit vielen personenbezogenen Daten. Dass sie die Verordnung trotzdem fast genauso stark ablehnt wie die Industrie, erklärt sich wohl vor allem damit, dass ihre Kunden und Vertragspartner kein hohes Datenschutzniveau einfordern und der Branche deshalb auch kein Wettbewerbsvorteil entsteht.

Die Tatsache, dass die Unternehmen der DSGVO kaum Vorteile abgewinnen können, darf aber nicht zum Umkehrschluss führen. Denn fragt man die Unternehmen, ob ihnen die Verordnung Nachteile bringt, antwortet mehr als die Hälfte mit „Nein“, nur rund ein Drittel mit „Ja“ und immerhin 12 Prozent sind unentschieden – ein Hinweis darauf, dass das neue Regelwerk in den Unternehmen noch immer nicht richtig angekommen ist.

Jenes Drittel, das in der DSGVO Nachteile sieht, hat jedoch eine dezidierte Meinung, warum (Grafik Seite 12):

#### **Fast alle Unternehmen bemängeln den hohen personellen und finanziellen Aufwand.**

Diese hohe Quote erklärt sich damit, dass eine rechtskonforme Umsetzung der Richtlinie für viele Unternehmen heißt, ein Datenmanagement einführen zu müssen, die internen Prozesse zu überprüfen sowie

technisch-organisatorische Maßnahmen zu ergreifen – das alles kostet viel Zeit und Geld.

Erschreckend hoch ist mit fast 90 Prozent zudem der Anteil jener Betriebe, die durch die neuen Regeln mehr Rechtsunsicherheit verspüren – denn eigentlich sollte die Harmonisierung der unterschiedlichen Datenschutzniveaus in der EU genau das Gegenteil bewirken. Hier liegt die Vermutung nahe, dass diese Einschätzung obsolet wird, wenn sich die Unternehmen erst einmal an die neue Regulierung gewöhnt haben.

Ebenfalls fast 90 Prozent der Betriebe sehen in der DSGVO sogar eine Behinderung ihrer Geschäfte. Das dürfte vor allem bei jenen der Fall sein, deren Geschäftsmodell auf der Nutzung personenbezogener Daten beruht. All diese Ergebnisse zeigen, dass politisch noch viel zu tun ist, soll die DSGVO ein Erfolgsprojekt werden. Ganz oben auf der Agenda steht die stringenter Durchsetzung der Regeln innerhalb Europas, um Wettbewerbsverzerrungen abzubauen. Optimal wäre es, das Regelwerk als internationalen Standard zu etablieren.

#### **IW-Report 1/2020**

Barbara Engels, Marc Scheufen: Wettbewerbseffekte der Europäischen Datenschutzgrundverordnung

[iwkoeln.de/DSGVO](http://iwkoeln.de/DSGVO)

## **Datenschutz-Grundverordnung: Von vielen Firmen abgelehnt**

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland beantworten die Aussage „Die DSGVO führt für unser Unternehmen zu Vorteilen im Wettbewerb“ im Jahr 2019 mit ...

	Industrie	Dienstleistungen	Industrie- dienstleistungen	Bau	Handwerk
... Ja	3,0	1,3	1,7	0,0	0,7
... eher Ja	2,5	6,4	5,1	0,0	4,1
... eher Nein	16,7	23,6	27,1	17,1	20,2
... Nein	71,9	62,3	54,2	65,9	65,9
... weiß nicht / keine Angabe	8,3	6,4	11,9	17,1	9,0

Befragung von 813 Unternehmen im Jahr 2019

Quelle: IW-Zukunftspanel  
© 2020 IW Medien / iwd

**iwd**

# Segen oder Karrierebremse?

**Mobiles Arbeiten.** Beschäftigte, die im Homeoffice oder von unterwegs arbeiten, profitieren in doppelter Hinsicht von familienfreundlichen Unternehmen: Zum einen sind sie insgesamt zufriedener mit der zeitlichen Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Zum anderen kann eine familienfreundliche Unternehmenskultur die Sorgen über mögliche Nachteile für die Karriere abmildern.

Die Digitalisierung macht es immer einfacher, fernab des Büros zu arbeiten. Dank des Internets und mobiler Endgeräte können viele Beschäftigte ihre Aufgaben mit dem Notebook oder Smartphone praktisch von überall aus erledigen. Digitales Arbeiten eröffnet damit die Chance für Arbeitnehmer, Job und Familie besser unter einen Hut zu bringen.

Folglich sind Unternehmen mit einem hohen Digitalisierungsgrad familienfreundlicher, da sie ihren Mitarbeitern größere Freiräume bei flexibler Arbeit einräumen (Grafik):

**Jedes zweite Unternehmen 4.0 ist besonders familienfreundlich – von den weniger stark digitalisierten Betrieben ist es dagegen nur jeder dritte.**

Doch die neue, digitale Arbeitswelt bringt auch neue Herausforderungen mit sich, da die Grenzen zwischen Berufs- und Privatleben zunehmend verschwimmen. Für viele Arbeitnehmer ist es beispielsweise im Homeoffice schwieriger, den Laptop nach getaner Arbeit zuzuklappen oder das Handy

abzuschalten, um den wohlverdienten Feierabend zu genießen. Beschäftigte, die im Büro arbeiten, empfinden es zudem als einfacher, sich für interessante Aufgaben zu empfehlen oder die Erreichbarkeit für berufliche Anliegen von ihrer Freizeit abzugrenzen. Dagegen sind mobil Arbeitende eher besorgt, auch außerhalb der Arbeitszeiten erreichbar sein zu müssen oder für den Chef unsichtbar zu werden.

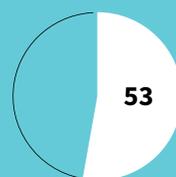
**Einige Arbeitnehmer betrachten das Homeoffice als Karrierebremse und fürchten, bei der Weiterempfehlung für Führungsverantwortung benachteiligt zu werden.**

Diese Sorgen werden allerdings deutlich abgeschwächt, wenn im Betrieb eine ausgeprägt familienfreundliche Unternehmenskultur herrscht (Grafik Seite 15):

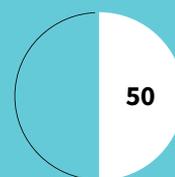
**Fast alle Beschäftigten, die in familienfreundlichen Unterneh-**

## Digitale Unternehmen sind familienfreundlicher

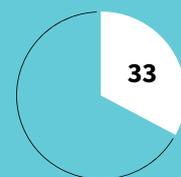
So viel Prozent der jeweiligen Unternehmen haben eine ausgeprägt familienfreundliche Unternehmenskultur



Unternehmen 4.0



Unternehmen mit mittlerem Digitalisierungsgrad



Unternehmen 3.0

Unternehmen 4.0: stark digitalisierte Unternehmen; Unternehmen 3.0: gering digitalisierte Unternehmen  
Befragung von 1.283 Unternehmen ab fünf Mitarbeitern von Oktober bis Dezember 2018

Quelle: IW-Personalpanel  
© 2020 IW Medien / iwd

## Eine familienfreundliche Unternehmenskultur unterstützt mobiles Arbeiten

So viel Prozent der Beschäftigten, die manchmal mobil arbeiten, stimmen den folgenden Aussagen zu

Mitarbeiter in Unternehmen ...

- ... ohne ausgeprägt familienfreundliche Unternehmenskultur
- ... mit ausgeprägt familienfreundlicher Unternehmenskultur

Meine Arbeitszeiten lassen sich gut mit familiären und sozialen Verpflichtungen außerhalb des Berufs vereinbaren



Wer im Unternehmen Karriere machen möchte, muss auch außerhalb der Arbeitszeiten für berufliche Belange zur Verfügung stehen



Ich fürchte Nachteile bei der Verteilung interessanter Aufgaben, wenn ich das Angebot an familienfreundlichen Maßnahmen vermehrt nutze



Zustimmung unter Ausschluss von personen- und betriebsbezogenen Eigenschaften wie Geschlecht, Alter oder Unternehmensgröße; Befragung von 1.998 Beschäftigten im Herbst 2018

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

### men manchmal mobil arbeiten, empfinden die Vereinbarkeit von Arbeit und Beruf als ausbalanciert.

In weniger familienfreundlichen Unternehmen sind es zwar immer noch 83 Prozent, aber eben doch deutlich weniger.

Beschäftigte in Unternehmen mit familienfreundlichen Arbeitsbedingungen treibt auch seltener die Sorge vor dem Karriereknick um: Dort befürchten nur 42 Prozent der

Beschäftigten, die manchmal mobil arbeiten, Nachteile für die Karriere, wenn sie familienfreundliche Angebote stärker in Anspruch nehmen.

Dagegen sind von den Beschäftigten, die nicht in familienfreundlichen Unternehmen arbeiten, 55 Prozent überzeugt, dass diese Angebote die Karriere hemmen können.

Bei diesen Ergebnissen wurde eine Vielzahl von personen- und betriebsbezogenen Eigenschaften

wie Geschlecht, Alter oder Unternehmensgröße vorher ausgeschlossen, sodass diese Unterschiede nicht als Ursache in Frage kommen.

Damit wird deutlich, dass sich Sorgen und Ängste nicht nur durch ein Mehr an Angeboten kurieren lassen – sondern vielmehr durch einen Wandel der Unternehmenskultur. Führungskräfte können ihre Mitarbeiter dafür sensibilisieren, welche Erwartungshaltung sie haben und wie Leistung bewertet wird.

Flexibles Arbeiten braucht zudem klare Regeln. Gerade bei der digitalen Arbeit ist es wichtig, genau festzulegen, wer wann und wie oft mobil arbeiten darf.

## Familienfreundliche Unternehmen

Als ausgeprägt familienfreundlich werden Unternehmen bezeichnet, in denen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie als Selbstverständlichkeit gilt und alle Mitarbeiter, unabhängig von familiären Verpflichtungen, die gleichen Karrierechancen haben. Zudem müssen Führungskräfte ihre Beschäftigten bestärken, familienfreundliche Maßnahmen auch in Anspruch zu nehmen. Zu den wichtigen Aspekten einer ausgeprägt familienfreundlichen Unternehmenskultur gehören außerdem regelmäßige Befragungen der Mitarbeiter über ihre Bedürfnisse zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, transparente Informationen über das vorhandene Angebot und die Einbindung der Beschäftigten in seine Ausgestaltung.

### Aus IW-Trends 4/2019

Andrea Hammermann, Jörg Schmidt, Oliver Stettes: Zur Ambivalenz flexiblen Arbeitens – Der Einfluss betrieblicher Familienfreundlichkeit [iwkoeln.de/familienfreundlichkeit](http://iwkoeln.de/familienfreundlichkeit)

### Impressum



**Herausgeber:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland · **Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Blankenberg, Carsten Ruge, Alexander Weber · **Redaktionsassistent:** Anja Hüpper · **Grafik:** IW Medien GmbH · **E-Mail:** [iwd@iwkoeln.de](mailto:iwd@iwkoeln.de) · **Bezugspreis:** € 11,89/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Therese Hartmann, Telefon: 0221 4981-443, [hartmann@iwkoeln.de](mailto:hartmann@iwkoeln.de) · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: [lizenzen@iwkoeln.de](mailto:lizenzen@iwkoeln.de) · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: [datenschutz-iwd@iwmedien.de](mailto:datenschutz-iwd@iwmedien.de).



# Top-Liste: Ganz schön abgehoben

Flugscham, so etwas gibt es offenbar nur in der Theorie. Denn in der Praxis lassen sich so viele Passagiere durch die Luft befördern wie noch nie: 8,8 Milliarden Menschen sind 2018 weltweit geflogen – 6,4 Prozent mehr als 2017. Und zum ersten Mal in der Geschichte der Aeronautik gibt es mittlerweile neben dem Hartsfield-Jackson Atlanta International Airport einen weiteren, der die Marke von 100 Millionen Passagieren geknackt hat: den Airport von Peking. Möglicherweise überholt er sogar schon bald den US-Flughafen, der seit 1998 den Passagierrekord hält.

## Die größten Flughäfen der Welt

So viele Millionen Passagiere wurden 2018 abgefertigt

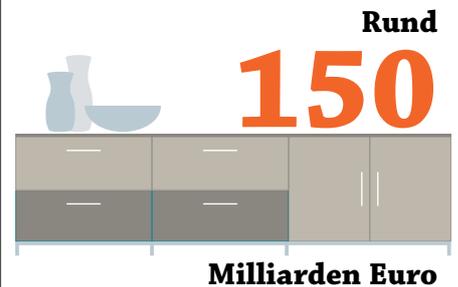


1	Hartsfield-Jackson Atlanta International Airport (USA)	107,4
2	Beijing Capital International Airport (China)	101,0
3	Dubai International Airport (Vereinigte Arabische Emirate)	89,1
4	Los Angeles International Airport (USA)	87,5
5	Flughafen Tokio-Haneda (Japan)	87,1
6	Chicago O'Hare International Airport (USA)	83,3
7	London Heathrow (Großbritannien)	80,1
8	Hongkong International Airport (China)	74,5
9	Shanghai Pudong International Airport (China)	74,0
10	Paris Charles-de-Gaulle (Frankreich)	72,2
...		
14	Flughafen Frankfurt am Main (Deutschland)	69,5

Quelle: Airports Council International  
© 2020 IW Medien / iwd

**iwd**

## Zahl der Woche



haben Konsumenten auf der ganzen Welt im Jahr 2019 für Möbel und andere Einrichtungsgegenstände ausgegeben, schätzt das Marktforschungsinstitut CSIL. Das war in etwa so viel wie im Vorjahr, für das laufende Jahr rechnen die Marktforscher mit einem Plus von 2,4 Prozent. In Deutschland lief das Möbelgeschäft im vergangenen Jahr etwas besser als global: Der Möbel-, Küchen- und Einrichtungsfachhandel setzte mit 34,2 Milliarden Euro rund 4 Prozent mehr um als 2018. Das meiste Geld geben Verbraucher für Küchenmöbel aus, 26 Prozent der Möbelumsätze in Deutschland entfallen auf dieses Segment. Am zweithäufigsten werden Polstermöbel (Umsatzanteil: 22 Prozent), am dritthäufigsten Schlafzimmermöbel (Umsatzanteil: 13 Prozent) gekauft.

Neu auf [iwd.de](http://iwd.de):



## Was beim Dating hilft

Wer heute Single ist, muss investieren: in ein Haus, ein Auto oder zumindest in einen Hund. Denn Alleinstehende schätzen bei potenziellen Datingpartnern vor allem Symbole der Sicherheit und des Wohlstands. Weniger attraktiv sind Tattoos, Piercings – und Kinder.